



Für die Mitarbeiterinnen der Elternschulen, für Eltern und Kinder, hier in der Elternschule Rothenburgsort, gibt es Grund zur Hoffnung. Foto: Andreas Schmidt

## Elternschulen können aufatmen

Laut CDU-Kreischef Ralf Dieter Fischer hat Finanzsenator Frigge einige Streichpläne zurück genommen

MICHELLE KOSSEL

HARBURG :: Elternschulen einsparen, Seniorenberatung einstellen, Jugendhäuser schließen, die Bezirke um 13 Millionen schröpfen und Zusammenarbeit mit der Verwaltung in Schleswig-Holstein: Die Sparliste von Finanzsenator Carsten Frigge (CDU) kennt keine Tabus.

Bei einigen CDU-Abgeordneten wächst der Widerstand gegen die harten Einschnitte. Besonders Harburgs CDU-Kreischef Ralf Dieter Fischer macht mobil. „Die Sparpläne für die sozialen Bereichen werden massive Folgekosten in den Bezirken verursachen“, sagte er. Und Harburg ohnehin die vielfältig angelegten Angebote der Elternschulen, von denen besonders Menschen mit Migrationshintergrund und Bewohner in prekären Lebensverhältnissen profitieren – das gehe gar nicht. Auch Jugendhäuser und Seniorenberatung müssten erhalten werden, wetteiferte Fischer. Das sei eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Außerdem habe die Harburger Verwaltung bereits gezeigt, wie gut sie haushalten kann. „13 weitere Sparmillionen für die Bezirke gehen an deren Substanz.“

Er beließ es indes nicht mit Meckereien und markigen Sprüchen, sondern wurde aktiv. Er wolle „Politik auf Augenhöhe“ machen, fordert Respekt. „Über viele Punkte aus der Sparliste habe ich mit dem Finanzsenator lange diskutiert. Das wollen wir uns hier nicht bieten lassen.“ Man solle sich mehr Zeit für vernünftige Vorschläge nehmen und

*Es darf nicht immer nur über die Bezirke geredet werden. Dafür werde ich sorgen.*

Ralf Dieter Fischer

nicht einfach über die Bedenken der Bezirkspolitikern hinweggehen. Gut zu pass, so Fischer, komme Frigge dabei die anziehende Konjunktur, die der Stadt mehr Steuereinnahmen verschaffen würden. Wie Fischer berichtet, seien die Argumente überzeugend gewesen. „Wir haben hart miteinander gerungen“ – und sorgen für eine Sensation: „Die Elternschulen stehen nicht mehr auf der Streichliste – genauso wenig wie die Jugendhäuser, die Eltern-

und Mütterberatungsstellen“, sagt er im Gespräch mit der Rundschau.

Auch über das Thema Rotstift bei den Bezirken sei gesprochen worden. Fischer: „Wir sind jetzt nicht mehr bei 13 Millionen Euro, sondern rechnen mit etwa zehn“ – und somit müsse der Bezirk Harburg knapp zwei Millionen Euro einsparen.

Die Finanzbehörde möchte diese neue überraschende Entwicklung nicht so recht bestätigen – dementiert sie allerdings auch nicht. „Der Senat entscheidet nächste Woche“, heißt es dazu lapidar von Behördensprecher Daniel Stricker.

Das ficht Fischer jedoch nicht an. Die Befürchtung, hingehalten zu werden wie bei den sechs abgezogenen Polizeibeamten aus der Harburger Präsenzgruppe, die einst abgezogen und nach

den Zusagen von dem damaligen Innenminister längst wieder hätten ihren Dienst bei der Harburger Polizei machen tun müssen, hat er nicht. „Das ist eine aktuelle politische Entscheidung. Die Inhalte werden später mitgeteilt.“ Er sei sich sicher, dass der Senat keinen Rückzieher macht.

Und die Verwaltung scheint die Details eh erst zuletzt zu erfahren. Denn im Harburger Rathaus hält man sich sehr zurück. Ein Statement zu den Harburger Elternschulen oder gar ein Termin – Fehlzanzeige. Eine Aussage von Bezirksamtsleiter Torsten Meinberg zu den von Fischer angeblich angestoßenen aktuellen Entwicklungen – ebenfalls Fehlzanzeige.

Nach Informationen der Harburger Rundschau ist die Zurückhaltung der Finanzbehörde taktisches Verhalten. Man wolle den Spar-Druck auf die Behörden auch in den Bezirken bis zum letzten Termin halten und damit dokumentieren, dass es nun wirklich ernst wird mit dem Sparen ohne Wenn und Aber.

Auch hierbei will sich Fischer an aktuellen Diskussionen beteiligen, soll auf Beschluss der CDU einer Kommission angehören, die sich mit Sparvolumen in Verwaltungen befassen. Und was Fischer will, hat er während Bezirksversammlungsitzungen immer wieder angebracht: Den sogenannten Wasserkopf in den Fachbehörden abbauen. „Es darf nicht immer nur über die Bezirke geredet werden. Dafür werde ich sorgen.“

### Das Einsparpotenzial des Senats

**Finanzsenator Carsten Frigge** muss etwa 500 Millionen Euro pro Jahr einsparen. Dafür wurde folgendes Einsparpotenzial ermittelt.

**Wirtschaftsförderung:** 950 000 Euro, Sicherheitskonferenzen: 180 000 Euro, Förderfonds Bezirksversammlungen: 2,1 Millionen Euro, Mehrein-

nahmen aus Großgewerbeflächen: 3 Mio. Euro  
**Kinder- und Jugendhilfe:** 1 Millionen Euro, Seniorenberatung: 2,85 Millionen Euro, Elternberatung: 600 000 Euro, Elternschulen: 950 000 Euro, Zentrum Sehen, Hören, sprechen, Verstehen: eine Million Euro, Umweltberatung: 350 000 Euro, Wild-

gehege: 100 000 Euro, Bürgerhäuser: 2 Millionen Euro, Schulärztlicher Dienst: 4 Millionen Euro, Zuwendung an Bezirke um zehn Prozent kürzen: 3,27 Millionen Euro, Gesundheitsförderungsmanagement: 175 000 Euro, Bezirklichen Ordnungsdienst verstärken: 100 000 Euro (mic)

Anmerkung: Das Bürgerhaus Wilhelmsburg und das Kulturzentrum Rieckhof sollen nach 26 Jahren erfolgreicher Arbeit ersatzlos gestrichen werden, wenn es nach Finanzsenator Frigge geht.